

Federführender Fachbereich

5 - Jugend und Soziales

ANTRAG

öffentliche Sitzung

nicht öffentliche Sitzung

Antrag der Fraktion, des/ der Stadtverordneten

▽

zur Sitzung des ... am ...

SPD-Fraktion und der Fraktion KIDIative

Gremium
Rat

Sitzung am
29.02.2000

Tagesordnungspunkt A 37

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion KIDIative vom 07.02.2000 betreffend Beschäftigungsförderung/Beschäftigungsinitiative

Inhalt des Antrages

Der Antrag ist beigefügt.

Für die Fraktion BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN hat Herr Detlef Schnöring, Mitglied des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, unterschrieben. Nach § 3 Abs. 1 der Geschäftsordnung können Anträge u. a. von einer Fraktion (mit Unterschrift der/des Fraktionsvorsitzenden oder der/des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden) vorgelegt werden.

Stellungnahme der Bürgermeisterin

Obiger Antrag geht zurück auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 08.03.1999 betreffend eine Gründungsinitiative für eine "Rheinisch-Bergische Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft".

Auf Kreisebene hat sich ein interfraktioneller Arbeitskreis gebildet, der sich zum Ziel gesetzt hat, einen gemeinsamen politischen Konsens im Bereich der Beschäftigungsförderung zu finden. Dieser Arbeitskreis hat zuletzt am 17.11.1999 mit Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach getagt.

In dieser Sitzung wurden u. a. die Beschäftigungsförderungseinrichtungen der Jugendhilfe Köln e. V., der JOBSservice gGmbH Leverkusen und der SPRUNGBrett gGmbH Aachen vorgestellt, sowie die Strukturen und Bedarfe der örtlichen Sozialämter bzw. Fachbereiche dargelegt.

Die Notwendigkeit einer Beschäftigungsförderung wurde insbesondere von der Stadt Leverkusen überzeugend geschildert.

Bei kritischer Wertung der anschließenden Diskussion entstand der Eindruck, der Kreis wolle keine Beschäftigungsförderung in Form einer gemeinnützigen GmbH einrichten, sondern dieses Feld eher den Kommunen für eine ortsnahe Umsetzung überlassen.

Ob und ggf. wann der Arbeitskreis das nächste Mal tagen wird, steht noch nicht fest.

Der Fachbereich 5 - Jugend und Soziales hat für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) am 17.02.2000 unter TOP A7 (Bereich Soziales) ein Papier

Hilfe zur Arbeit - Bilanz 1999 .
City-Service - Jahresstatistik

vorgelegt.

Die 430 in Arbeit vermittelten Personen sprechen gegen die Annahme, dass Sozialhilfe etwas Unabwendbares ist, wenn bereits vorher das Arbeitsamt keine Hilfe zur Arbeit leisten konnte und danach die Sozialhilfe ganz oder teilweise zum Lebensunterhalt beitragen musste. Mit Abstand die meisten Sozialhilfeempfänger/innen wollen und können arbeiten. Aber auch das Gegenteil ist anzutreffen: 89 mal wurde die Sozialhilfe nach vorheriger Kürzung ganz eingestellt. Die Trennung der arbeitswilligen von den arbeitsunwilligen Personen ist nur möglich, wenn den Menschen Arbeit angeboten werden kann und eine Begleitung durch Fachkräfte erfolgt.

Seit 01.01.1997 hat die Stadt Bergisch Gladbach aufgrund eines Ratsbeschlusses die Aufgaben- und Finanzverantwortung für große Teile der Sozialhilfe vom Kreis übernommen.

Für 2000 sind netto 21,6 Mio DM kalkuliert.

Ohne Zweifel ist die Sozialhilfe als "städtische Aufgabe" mehr in den Mittelpunkt der gesellschaftspolitischen Bewertung gerückt und der Stellenwert der "Hilfe zur Arbeit" ist in den letzten Monaten aufgrund der erfolgreichen Vermittlungszahlen deutlich gestiegen. Ein weiteres Erfahrungsjahr endet mit der (banalen) Feststellung:

Es macht mehr Sinn, Arbeit zu finanzieren, statt Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe.

Dabei geht es um eine **Wertschöpfung** im doppelten Sinne. Menschen spüren nach langer Arbeitslosigkeit erstmals, dass sie ernst genommen werden und etwas leisten können. Ihr **Selbstwertgefühl** steigt. Und Auftraggeber sehen, dass Arbeit statt Sozialhilfe mit einer finanziellen **Wertschöpfung** verbunden ist.

Ausgehend von den Praxiserfahrungen wäre nun der nächste folgerichtige Schritt notwendig: mehr in die "Hilfe zur Arbeit" zu investieren. Was insbesondere fehlt, ist eine Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft, in der sozialversicherungspflichtige Arbeit unmittelbar und unbürokratisch angeboten wird und Qualifikation vorrangig durch "praktisches Tun" erfolgt.

Die fünf Wohlfahrtsverbände und eine Kirchengemeinde unserer Stadt sind mit teilweise vorhandenen Angeboten und Ideen daran interessiert, ihren Beitrag zu leisten, damit arbeitslose Menschen jeden Alters in Bergisch Gladbach eine Chance auf Arbeit und Qualifikation erhalten. Arbeitsamt, Kammern und andere relevante Akteure am Arbeitsmarkt sollen einbezogen werden. Es wird auf das anliegende Papier

Eckpunkte für eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahme

verwiesen.

Mit dem Kreis sind auf der Ebene der Kämmerer erste Gespräche mit dem Ziel geführt worden, an den vom Kreis bereitgestellten Mitteln für Beschäftigungsförderungsmaßnahmen zu partizipieren. Auf der Kämmerer tagung am 04. 04.2000 steht der Punkt erneut auf der Tagesordnung.

Für die Stadt Bergisch Gladbach wäre grundsätzlich zu entscheiden, ob eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft gewünscht ist. Die Verwaltung würde danach - in Absprache mit den genannten "Akteuren" - entsprechende Vorschläge (Rechtsform der Gesellschaft, Programm, Kostenkalkulation, ersparte Sozialhilfe usw.) konkretisieren und den Gremien zur Beschlussfassung vorlegen.

Ziel sollte sein, in 2000 mit der Maßnahme zu beginnen.

Dauerziel bleibt der 1. Arbeitsmarkt. Eine dauerhafte Subventionierung des "zweiten Arbeitsmarktes" ist nicht gewünscht. Dass diese Ziele erreichbar sind, beweist die Bilanz "Hilfe zur Arbeit" aus 1999.

Anlage